

Die Unsicherheit ist zurück

Der marktkonforme Umbau der Gesellschaft bringt die soziale Frage auch für die Evangelische Kirche neu auf die Tagesordnung

TEXT Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper

Um dem besonderen Charakter der sozialen Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, schlägt der französische Soziologe Robert Castel vor, den Begriff der Prekarität inhaltlich neu zu bestimmen. „Prekär“ beschreibt für Castel nicht – wie allgemein gebräuchlich – die Situation von Menschen, die „draußen“ sind, also einer abgehängten „Unterschicht“. Prekarität bedeutet eine neue soziale Verletzlichkeit und Instabilität, die sich quer durch alle Schichten der Gesellschaft zieht.¹

EBenso wie Robert Castel hält auch der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit für ein Hauptmerkmal der gesellschaftlichen Entwicklung in Westeuropa. Er nennt die Zeit nach den Umbrüchen der 1990er-Jahre die „entsicherten Jahrzehnte“². Für Heitmeyer wird der Kontrollgewinn, den Wirtschaftsinteressen und Ökonomisierung seit den 1990er-Jahren international und auch in Deutschland für sich durchsetzen konnten, auf individueller und politischer Ebene als Kontrollverlust interpretiert und erlebt.³ Das Gefühl, die Kontrolle über die eigene Biografie zu verlieren, trifft Personen, die trotz Berufstätigkeit finanziell kaum über die Runden kommen und keine Aussicht auf Besserung ihrer Verhältnisse haben. In Ostdeutschland arbeiten 35 % der Berufstätigen im Niedriglohnbereich, in Westdeutschland 20 %. Ihre Perspektive ist die Altersarmut. Allein diese Zahlen verdeutlichen schon, dass die soziale Unsicherheit heute keine Minderheiten betrifft und dass es auch keineswegs nur um Menschen geht, die nicht in die Arbeitswelt integriert sind. Einen Kontrollverlust erleiden selbstverständlich auch Menschen, die sich als „Kunden“ der Jobcenter einer rigiden Fremdkontrolle zu unterwerfen haben – im Januar 2019 betraf dies 5,9 Millionen Personen in sogenannten „Bedarfsgemeinschaften“, dazu zählen auch fast 2 Millionen Kinder und Jugendliche. Einen Kontrollverlust über ihre eigene

Biografie erleben nicht zuletzt auch Menschen, denen die „Kultur des neuen Kapitalismus“ eine ständige Mobilität und Flexibilität zumutet⁴ – und das trifft eine Vielzahl von Berufstätigen und deren Angehörige.

Aber auch die Politik hat in den Augen des Wahlvolkes die Kontrolle verloren. Politiker*innen, die immer wieder signalisieren, dass ihnen quasi die Hände gebunden sind, die sich auf „Sachzwänge“, auf Brüssel, auf Wirtschaftsinteressen und den Weltmarkt berufen, ziehen zwangsläufig den Verdacht auf sich, nicht mehr wirksam regieren zu können. Es herrscht Misstrauen gegenüber Parteien, die sich – so der Eindruck – nur noch für die Interessen von Minderheiten (Reiche, Flüchtlinge, Transgender) einsetzen oder für ihre persönlichen Vorteile.

Heitmeyer warnte schon 2001 davor, dass in dieser Situation „autoritäre Versuchungen“ in Form eines rabiaten Rechtspopulismus zum Zuge kommen können, der mit ebenso schlichten wie inkohärenten und antidemokratischen Angeboten die Wiedererlangung der Kontrolle verspricht. Dies hat sich nun in Deutschland mit geradezu unheimlicher Wucht und Geschwindigkeit bestätigt. Weder Ende noch Ergebnis des Aufstandes wütender Bürgerinnen und Bürger auf französischen Straßen oder an deutschen Wahlurnen sind derzeit absehbar. Gerade der Protest an den Wahlurnen ist nicht auf bestimmte soziale Schichten beschränkt, sondern

- 1 Castel, Robert (2009): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: ders./Dörre, Claus (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn der 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York, S. 21–34, hier S. 21.
- 2 Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I, Berlin, S. 89.
- 3 Ebd., S. 20f., 42ff.
- 4 Vgl. Sennett, Richard (1998): Der Flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, 6. Auflage, Berlin.



Soziale Unsicherheit betrifft heute keine Minderheiten. Und es geht auch nicht nur um Menschen, die aus der Arbeitswelt herausgefallen sind.

5 Ralf Dahrendorf zit. bei Große Kracht, Hermann-Josef (2010): „...nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten“ (Konrad Adenauer). Sondierungen zur religiösen Tiefengrammatik des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Anschluss an Alfred Müller-Armack und Oswald von Nell-Breuning, in: Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik. 1/2010, S. 1–55, hier: S. 7.

6 Wolfgang Streeck spricht von „einer von keiner Theorie vorhergesehenen machtvollen Wiederkehr freier, selbstregulierender Märkte auf breitester Front, ohne Vorbild in der Geschichte der politischen Ökonomie des modernen Kapitalismus.“ Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des Kapitalismus, Berlin 2013, S. 46.

7 Heitmeyer, a. a. O., S. 35.

8 Streeck, a. a. O., S. 27, Anm.: „Gier und Angst sind, der Selbstbeschreibung des Finanzkapitalismus durch die Finanzwissenschaft zufolge, die entscheidenden Verhaltensmotive in Aktienmärkten und in der kapitalistischen Wirtschaft im allgemeinen.“

9 Schöllgen, Gregor (2015): Gerhard Schröder. Die Biographie, München, S. 783.

zieht sich wie die Prekarität quer durch die Gesellschaft. Die Anfälligkeit für einen rabiaten Rechtspopulismus wird zunehmend auch in Gewerkschaften und Kirchengemeinden sichtbar.

NICHT DAS ENDE DER GESCHICHTE, SONDERN DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“

Vor der Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in den optimistischen Jahren des Wirtschaftswunders bis in die 1970er-Jahre, galt Armut in Westdeutschland als das Problem einer Unterschicht von höchstens 5 % der Bevölkerung. Die soziale Frage hatte sich nach vorherrschender Meinung im Wesentlichen erübrigt. Denn die real existierende soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik hatte in den Jahren des Wiederaufbaus tatsächlich die „theoretisch unmögliche und doch praktisch überaus erfolgreiche Verbindung von Marktwirtschaft und Sozialpolitik“ hergestellt.⁵

Der Optimismus steigerte sich noch, als die so verstandene soziale Marktwirtschaft sich schließlich in der Konkurrenz der Wirtschaftssysteme durchsetzte. Unaufhaltsamer Fortschritt und Wohlstand für alle in Demokratie und Frieden schienen greifbar nahe. Es kam sogar die Meinung auf, dass nun das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) erreicht sei. Jedoch endete 1990 keineswegs die Geschichte, sondern zunächst die besondere Form der sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit in Deutschland. Gespenster aus der Vergangenheit kehrten zurück, mit denen kaum jemand mehr ernsthaft gerechnet hatte.⁶ Der Wirtschaftsliberalismus begann sich durchzusetzen als allgemeingültige Blaupause gesellschaftlichen Denkens und Handelns. Spätestens mit dem Wegfall der System-

konkurrenz nach 1990 wurde die Marktlogik in Deutschland mehr und mehr zur Ordnungsmacht der Gesellschaft und die Marktwirtschaft entwickelte sich zu einer „Marktgesellschaft“.⁷

DIE RÜCKKEHR DER SOZIALEN FRAGE

Dass in einer konsequent marktförmigen Gesellschaft, deren Antriebsmechanismen Ungleichheit sowie Gier und Angst sind⁸, zwingend auch die soziale Frage wiederkehren würde, war vorhersehbar. Aber niemand schien dies wahrhaben zu wollen – im Gegenteil. Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer neoliberalen Rationalität schien in den 1990er-Jahren „alternativlos“ und provozierte kaum Widerstände. Selbst von traditionsreichen Vorkämpfer*innen in der sozialen Frage gab es Zustimmung: Die SPD hat sich spätestens 1999 mit dem Schröder-Blair-Papier komplett „modernisiert“, d.h. dem Neoliberalismus verschrieben – und damit ihren katastrophalen Absturz als Volkspartei vorbereitet. Für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) war es der damalige Ratsvorsitzende Wolfgang Huber, der den neoliberalen Positionen Gerhard Schröders besonders nahe stand. Als es 2004 darum ging, Verbündete für die Durchsetzung der Hartz-IV-Gesetze zu gewinnen, fand Schröder die EKD und ihren Vorsitzenden „sehr wohl gesprächsbereit“.⁹

Auch die Wohlfahrtsverbände agierten recht hilflos und angepasst, als sie 1995 mit der Einführung der Pflegeversicherung den privaten Anbietern gleichgestellt wurden. Die Aufkündigung der bevorzugten Kooperation des Sozialstaates mit freigemeinnützigen Trägern lieferte das deutsche Sozialsystem einem beisspiellosen Privatisierungs- und Kommerzialisierungs-

druck aus. Und es waren Führungskräfte auch in der Diakonie, die sich bereitwillig von der marktradikalen Diffamierung solidarischer Sicherungssysteme anstecken ließen. Sie unterwarfen sich – nicht selten aus Überzeugung – dem politisch erzeugten kommerziellen Druck und gaben (und geben) ihn oft allzu bereitwillig an ihre Belegschaften oder die Adressaten ihrer Dienste weiter.¹⁰

Wenn Denkweisen aus dem 19. Jahrhundert – Konzepte wie „Wohlfahrt“, „Mildtätigkeit“ und „Gemeinnützigkeit“, die über hundert Jahre erfolgreich ihren Beitrag zur Lösung der sozialen Frage in Deutschland geleistet haben –, sich plötzlich in einem überwiegend neoliberal eingestellten Umfeld wiederfinden, dann können Fehlentwicklungen und Verwerfungen nicht ausbleiben.

ES IST DAS KOLLEKTIVE, DAS SCHÜTZT

Soziale Unsicherheit ist historisch gesehen sicher kein Sonderfall, sondern eher die Normalität. Aus der Einsicht, dass die soziale Unsicherheit großer Bevölkerungsteile in der modernen Industriegesellschaft keine Basis für eine kohärente Gesellschaft ist, erwuchs seit den 1880er-Jahren der Sozialstaat in Deutschland. Die damals punktuell vorhandene solidarische Fürsorge und kollektive Selbsthilfe wurde systematisiert und u. a. in ein System von Pflichtversicherungen und Sozialpartnerschaften (Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen) überführt. Der Historiker Jürgen Osterhammel weist auf den Konsens hin, der diese Entwicklung begünstigte: „Dahinter stand eine Auffassung von Gesellschaft nicht als Ansammlung von Individuen, sondern als spannungsreiche Pluralität von Kollektiven, eine Auffassung, in der Konservative und Sozialisten prinzipiell übereinstimmten.“¹¹

Im Kern, so auch Castel, wurde die soziale Unsicherheit der frühen Industriegesellschaften durch die überaus konfliktreiche, aber kontinuierliche Ausgestaltung von Strukturen kollektiver Absicherung gebändigt. „Es ist das Kollektive, das schützt: Kollektivvereinbarungen und Tarifverträge, kollektive Garantien des Arbeitsrechts und der sozialen Sicherungssysteme und dazu, dem Ganzen übergeordnet, die Rolle, die dem Sozialstaat beziehungsweise dem Wohlfahrtsstaat, dem Inbegriff des Kollektiven, zuwächst.“¹² Wohlgermerkt ist der Sozialstaat keine „Umverteilungsmaschine“, wie oft behauptet wird. Die Ungleichheit in den Einkommen ist bei steigendem Niveau seit der Gründung der Bundesrepublik strukturell praktisch unverändert geblieben.¹³ Wohl aber hat der Sozialstaat eine große Mehrheit durch ein soziales Netz vor den härtesten Risiken und Abstürzen geschützt und damit nicht nur die Gesellschaft, sondern auch deren Wirtschaft stabilisiert.

Dass sich einmal politische und gesellschaftliche Mehrheiten dafür finden würden, diese mit vielen Opfern erkämpfte Entwicklung nicht nur zu stoppen, sondern sogar umzukehren, ist erstaunlich. Was hat die neoliberale Wende für Arbeitnehmer*innen und ihre traditionellen Interessenvertretungen so attraktiv oder

Der Sozialstaat hat eine große Mehrheit vor den härtesten Risiken geschützt und damit nicht nur die Gesellschaft, sondern auch deren Wirtschaft stabilisiert.

¹⁰ Vgl. Hengsbach SJ, Friedhelm (2009): Kirche im Kapitalismus, https://nbi.sankt-georgen.de/assets/typo3/redakteure/Dokumente/2008/05_2009_KircheimKapitalismus.pdf, Abruf am 19.02.2019, S. 5f.

¹¹ Osterhammel, Jürgen (2009): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, Jubiläumsedition 2013, München, S. 1008.

¹² Castel, a. a. O., S. 23f.
¹³ „Das schlechterdings Verblüffende an der westdeutschen Einkommensverteilung ist, wie schon betont, ihre strukturelle Stabilität.“ Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München, S. 71.

wenigstens plausibel gemacht, dass sie bereitwillig auf ihre kollektiven, solidarischen Absicherungen verzichteten und die Wiederkehr sozialer Unsicherheit und Verletzbarkeit zuließen?

DIE KEHRSEITE DES KOLLEKTIVS

Eine wichtige Dynamik dabei war eine umfassende „Re-Individualisierung“ seit den 1970er-Jahren.¹⁴ Denn das schützende Kollektiv hat seine Kehrseite: Kollektive Strukturen binden und kontrollieren. Sie schützen zwar, aber sie schränken die individuelle (Wahl-)Freiheit ein. Die in Wohlstand und sozialer Sicherheit aufgewachsenen Generationen Westeuropas forderten nun aber gerade diese individuelle Freiheit und Selbstbestimmung ein: Freiheit von Bindungen, von Zugehörigkeiten, von Regeln und sonstigen Traditionen. Mit ihrem Lob der Individualität und ihrem Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Regulierungen baute die Generation der politischen linken liberalen 1968er-Bewegung unbewusste Brücken zur vermeintlichen Befreiungsideologie des aufstrebenden Neoliberalismus. Ein gesellschaftlicher Konsens hatte, wie oben geschildert, den Aufbau des Sozialstaats ermöglicht. Ein neuer Konsens beförderte nun seine Demontage: die Schnittmengen in der Überzeugung, „so etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht, es gibt nur Individuen“¹⁵.

Die seit den 1970er-Jahren in Gang gekommene Individualisierung, Deregulierung und Flexibilisierung war also zunächst auch ein Befreiungsprojekt. Gut qualifizierte und angepasste Fachkräfte profitieren unter Umständen von der damit einhergehenden neuen Arbeitsorganisation. Wer mit kulturellem, sozialem oder monetärem Kapital gut ausgestattet ist, kann den flexiblen Arbeitsmarkt in der Tat als sportliche Herausforderung wie Mountainbiking oder Marathonlauf annehmen.¹⁶ Da diese bevorzugten Gruppen in der Regel auch zu den Meinungsführern in der Gesellschaft zählen, verstärkt ihr Erfolg das neoliberale Lob auf Unternehmergeist, Flexibilität, Eigenverantwortung und Risikobereitschaft sowie die zunehmende Diskreditierung solidarischer Regelungen als bevormundend, unflexibel und nicht zeitgemäß.¹⁷

In einem neoliberal bestimmten Umfeld liegt die Bedingung für Erfolg allerdings gerade nicht in tatsächlich vollzogener individueller Freiheit. Im Gegenteil, das Regime von Mobilität und Flexibilität erfordert eine neue Unterwürfigkeit, denn „der flexible Mensch ist der konditionierte Typ des Außengeleiteten, anpassungsfähig und anpassungsbereit, deshalb im Grunde auch für jedes politische Herrschaftssystem verwendbar. Es ist im Grunde der leistungsbewusste Mitläufer.“¹⁸ Das Wort „Flexibilität“ hat in der neuen Arbeitsorganisation nicht mehr die ursprüngliche Bedeutung im Sinne einer „Elastizität“, wie sie z. B. ein junger Baum hat. „Flexibilisierung“ ermöglicht Arbeitskräften unter Umständen zwar auch eigene Spielräume, sie steht aber zunehmend für die Forderung nach einer möglichst widerstandslosen Verformbarkeit und Anpassung bzw. die Bereitschaft, ohne feste Bindungen durch sein Leben zu „driften“ (Sennett).

DIE SOZIALPOLITISCHE GRETCHENFRAGE: PROTESTANTISCH ODER KATHOLISCH?

Die Stabilität einer Gesellschaft und ihre Widerstandskraft gegen autoritäre Versuchungen hängen maßgeblich von einem ausgewogenen und gut organisierten Zusammenspiel von Individualität und Kollektivität ab. Die Gewichtung dieser Pole scheint, ebenso wie die sich daraus ergebenden Prämissen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in Deutschland derzeit auch eine Frage der Konfession zu sein.

Ausgangspunkt der katholischen Wirtschafts- und Soziallehre ist der *Gemeinschaftsaspekt* der menschlichen Natur: „Dass er (der Mensch) in Gemeinschaft lebt, ist kein launischer Einfall, auch kein Ergebnis einer Nützlichkeitsabwägung oder Vorteilsabwägung: soll ich oder soll ich lieber nicht?“, so ihr einflussreichster Vertreter, der Nationalökonom und Jesuit Oswald von Nell-Breuning.¹⁹ Die menschliche Individualität und Freiheit hingegen berücksichtigt die katholische Soziallehre durch das Prinzip der Subsidiarität. Die „Baugesetze der Gesellschaft“ bestehen somit aus zwei Elementen: Solidarität und Subsidiarität. Solidarität ist das Strukturprinzip und bedeutet die gemeinschaftliche Haftung, die sich aus der gesellschaftlichen Natur des Menschen ergibt. Subsidiarität ist das Zuständigkeitsprinzip und besagt, dass jeweils die kleinste mögliche Einheit von der Gemeinschaft für Hilfeleistung zugerufen werden soll, d. h. Selbsthilfe hat Vorrang. Nell-Breuning war weit davon entfernt, gegen ein kapitalistisches Wirtschaftssystem zu sein. Er gehörte zum wirtschaftspolitischen Beraterkreis der westdeutschen Regierung. Wettbewerb und Marktprinzip sind für Nell-Breuning als *Ordnungsinstrumente* unentbehrlich, wenn sie jedoch zum *Ordnungsprinzip* der Gesellschaft erhoben werden sollen, widerspricht dies klar der von ihm vertretenen katholischen Soziallehre.²⁰

Genau für diesen Grundsatz jedoch, nämlich die Idee einer möglichst vollständig *marktgerechten* Gesellschaft, steht die deutsche Variante des Neoliberalismus, der sogenannte Ordoliberalismus. Er wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Wirtschaftswissenschaftlern entwickelt, die sich ausdrücklich in der Tradition des Protestantismus sahen. Einflussreiche Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland wie Wolfgang Huber berufen sich auf den Ordoliberalismus.²¹ Der Schwerpunkt ihrer Wirtschafts- und Soziallehre liegt dementsprechend nicht auf dem Gemeinschaftsaspekt des Menschen, sondern auf seiner Freiheit und Individualität, die durch das Prinzip der Verantwortung begrenzt wird. Die Verantwortung beruht auf freiwilliger Entscheidung und hängt letztlich von der persönlichen ethischen Reife ab.

Eine konsequent marktförmige Gesellschaft, wie sie die deutschen Neo- oder Ordoliberalen anstreben, war in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik allerdings nicht durchsetzbar.²² Was der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und seine protestantischen Berater in der Theorie forderten, war etwas anderes, als der katholische Kanzler Adenauer in der Praxis umsetzte: „Natürlich wollte Erhard keine soziale Marktwirtschaft;

14 Castel, a. a. O., S. 25.

15 Das vollständige Zitat von Margaret Thatcher lautet „So etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht. Es gibt Individuen, Männer und Frauen. Und es gibt Familien.“ – Über letzteres, den Zusatz „und Familien“ gibt es längst keinen Konsens mehr, nicht mal darüber, was „Familie“ überhaupt ist. Auch dass Individuen „Männer und Frauen“ sind, gilt heute nicht mehr als politisch korrekt.

16 Vgl. Streeck, a. a. O., S. 60.

17 Vgl. Castel, a. a. O., S. 25f.

18 Oskar Negt zit. bei Heitmeyer, a. a. O., S. 54f.

19 Nell-Breuning SJ, Oswald von (1990): Baugesetze der Gesellschaft. Solidarität und Subsidiarität, durchgesehene Neuaufgabe von 1968, Freiburg/Basel/Wien, S. 22.

20 Große Kracht, a. a. O., S. 39.

21 Vgl. u. a. Huber, Wolfgang (2010): Nachhaltigkeit und Vertrauen, in: Bedford-Stroh, Heinrich / Jähnichen, Traugott / Reuter, Hans-Richard / Reihls, Sigrid / Wegner, Gerhard (Hrsg.): Zaubermittel Soziale Marktwirtschaft? Jahrbuch Sozialer Protestantismus 4, Gütersloh, S. 242–251, hier: S. 244.

22 Vgl. hierzu z. B. Foucault Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, 5. Auflage 2017, Frankfurt, S. 204f.; oder Große Kracht, a. a. O.



Mit ihrem Lob der Individualität und ihrem Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Regulierungen baute die Generation der politisch linken liberalen 1968er-Bewegung unbewusste Brücken zur vermeintlichen Befreiungsideologie des aufstrebenden Neoliberalismus.

das Soziale kam aus der katholischen Soziallehre via Adenauer, der einen guten Sinn für die Bilanz des Unvereinbaren hatte.²³ Tatsächlich reaktivierte die Bonner Republik Elemente kollektiver und solidarischer Absicherung, die bereits im 19. Jahrhunderts errungen worden waren. So gesehen trägt der „über Jahrzehnte höchst erfolgreiche *German type of social capitalism* weit stärker katholisch-korporatistische als protestantisch-individualistische Züge“.²⁴ Dies änderte sich mit der Wende vom Nachkriegskapitalismus zum Neoliberalismus in den 1990er-Jahren. Wie oben beschrieben wurden die solidarischen Elemente zurückgedrängt und es begann der konsequent marktkonforme Umbau der Gesellschaft. Da sich exponierte Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland stets zum Ordoliberalismus bekannt hatten, waren Ihre Positionen anschlussfähig an die neoliberale Politik.²⁵

WERTEWANDEL STATT „WERTEAUFSCHWUNG“

Die Rückkehr der sozialen Frage, die Dominanz von Wirtschafts- und Kapitalinteressen und die autoritären Versuchungen: Sie sind offensichtlich Ausdruck und Ergebnis eines Kapitalismus, dem das notwendige gesellschaftliche Gegenüber in Gestalt kollektiver Kontrollinstanzen und solidarischer Absicherung abhandengekommen ist. Möglicherweise sind manche Kompromisse und Errungenschaften des 19. Jahrhunderts für die heutige Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr ganz passgenau. Das bedeutet aber nicht, dass mit ihnen auch der Gemeinschaftsaspekt des Menschen und das Prinzip der Solidarität obsolet geworden wären. Oder dass die Sozial- und Kontrollsysteme nun einfach



14. Bundesparteitag der CDU in Bonn (März 1966): Der neugewählte Parteivorsitzende, Bundeskanzler Ludwig Erhard (l.), und sein Vorgänger in beiden Ämtern, Konrad Adenauer.

den neuen Gegebenheiten angepasst und weiter privatisiert und individualisiert werden müssten.

Im Gegenteil, im Interesse einer kohärenten Gesellschaft wird auch für die Arbeit 4.0. das ausgewogene Zusammenspiel von Kollektivität und Individualität neu definiert und organisiert werden müssen. Die protestantische Sozialethik leistet allerdings mit ihrer starken Betonung von Freiheit, Individualität und Eigenverantwortung derzeit nur einen sehr einseitigen Beitrag in den notwendigen Aushandlungsprozessen. Denn moralische Appelle, die Forderung nach einem „Werteaufschwung“ in der Wirtschaft (Huber) und Instrumente wie Corporate Social Responsibility (CSR) werden starke und wirksame kollektive und solidarische Strukturen nicht ersetzen können. Die Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart könnte für die protestantische Wirtschafts- und Sozialethik möglicherweise in einem *Wertewandel* liegen, einer neuen Gewichtung und Bestimmung dessen, was „protestantische Freiheit und Individualität“ im Verhältnis zum Gemeinschaftsaspekt heute bedeuten und wie sie ausgestaltet werden können. ■

23 Dahrendorf zit. bei Große Kracht, a. a. O., S. 6.
 24 Große Kracht, a. a. O., S. 3.
 25 Zur Anschlussfähigkeit des deutschen Ordoliberalismus an den amerikanischen Neoliberalismus siehe die Beiträge von Ralf Ptak und Jürgen Kehnscherper in: Kehnscherper, Jürgen / Ptak, Ralf (Hrsg.) (2018): Kirche im Kapitalismus: Zwischen Anpassen und Gestalten. 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft in Westdeutschland, Eine Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche, Hamburg, 15. Juni 2018, epd-Dokumentation Nr. 44, Frankfurt am Main. Abrufbar unter: https://www.kda-nordkirche.de/f/e/publikationen/18-44_Kirche%20im%20Kapitalismus_web.pdf.